

Johannes Rau und seine Kungeleien mit der SED

Fakten gegen die Vertuschung – Eine Gegenüberstellung

Welch eine Aufregung: Seit Tagen ereifern sich führende Sozialdemokraten, an der Spitze Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, über die Aufdeckung der Kungeleien zwischen SED- und SPD-Genossen aus den 80er Jahren. Doch aller sozialdemokratischer Pulverdampf kann nicht darüber hinwiegäuschen: Die Tatsachen sind erdrückend und zeigen, wie schlecht es um die Wahrheitsliebe des sozialdemokratischen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten bestellt ist.

Die Fakten: Im Jahre 1986 strömen über den damaligen DDR-Flughafen Berlin-Schönefeld Tausende von Asylbewerbern in den damaligen Westteil der Stadt. Dieses Asylanten-Problem ist eines der beherrschendsten Themen der deutschen Innenpolitik. Die Bundesregierung, aber auch andere bemühen sich bei der DDR-Führung um eine Lösung. Nachdem mehrere Gespräche zwischen Bundesregierung und DDR-Spitze gescheitert sind, verkündet der damalige SPD-Kanzlerkandidat, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, in dessen Auftrag SPD-Präsidiums-Mitglied Egon Bahr verhandelt hat, am 18. September 1986 überraschend die Lösung des Asylanten-Problems. Seit damals gibt es drei Fragen:

1. Wollte die SED mit diesem Coup dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau Wahlkampfhilfe leisten?
2. Wurde dafür eine Gegenleistung in Aussicht gestellt?
3. Gab es Absprachen zwischen SED und SPD über die Verkündigung und den Inhalt des Verhandlungsergebnisses?

Seit 1986 hat Johannes Rau diese drei Fragen sowohl gegenüber der Öffentlichkeit wie auch im Landtag verneint. Jetzt haben Wissenschaftler der Freien Universität Berlin die Vorgänge des September 1986 anhand von Dokumenten aus dem SED-Archiv rekonstruiert.

Die danach vorliegenden Fakten sprechen ein anderes Bild:

1. Zum Komplex Wahlkampfhilfe

Die Version Rau:

„Die Vermutung, daß es sich um eine Wahlhilfe der DDR für die SPD handeln könnte, wies Rau zurück.

SED-Chef Erich Honecker habe jüngst erklärt, daß die DDR nicht die Absicht habe, sich in den Wahlkampf einzumischen. Und dies, so fuhr der SPD-Politiker fort, werde Honecker auch nicht tun.“

(Süddeutsche Zeitung vom 19. September 1986)

Die Fakten:

Am 5. September 1986 traf das SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr mit Erich Honecker und Hermann Axen zu einer vertraulichen Unterredung zusammen. (. . .) Axen verfaßte und unterzeichnete persönlich den Vermerk über diese Unterredung (. . .). Egon Bahr — so die Niederschrift — habe am 5. 9. gegenüber Erich Honecker erklärt, die DDR erhalte durch die Tatsache, daß über 50 Prozent der Asylbewerber über die DDR in das Bundesgebiet gelangen, „mit diesem Problem an Einfluß auf die BRD wie noch nie zuvor, vor allem zum ersten Mal in diesem Umfang in der Innenpolitik der BRD“. (. . .) Bahr habe seinen Gesprächspartnern die Frage gestellt, „gibt es eine Möglichkeit, eine Regelung zu erreichen — nicht eine geschriebene Vereinbarung, sondern eine Regelung, bei der jeder entscheidungsfrei bleibt — die auch im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987 günstig wäre?“ (Presseerklärung Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, 1. Februar 1994)

Frage: Wie rechtfertigt Egon Bahr heute die Wahlhilfe des SED-Regimes für die Sozialdemokraten?

Egon Bahr, SPD: Sie können darüber die Nase rümpfen, wenn Sie so wollen, aber ich sage einmal ganz plastisch: Das ist das Leben. Das hat nicht nur die CDU uns gegenüber mehrfach versucht, nicht nur in Moskau, auch in Washington. Von dieser Unsitte, die man als Unsitte bezeichnen kann, sind auch Sozialdemokraten nicht frei. Das sind nicht automatisch immer edle und bessere Menschen. Das ist nun einmal so.

(Auszug aus einem Beitrag des Fernsehmagazins „Kontraste“)

2. Zum Komplex Gegenleistung

Die Version Rau:

„Johannes Rau lobte, daß die DDR keine Gegenleistung verlangt habe: „Das kostet keinen Pfennig, keinen Milliardenkredit.““

(Express vom 19. September 1986)

Die Fakten:

(Bahr) habe dann im Auftrag von Willy Brandt mitgeteilt, die SPD wolle „in aller Form erklären, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Regierung der BRD voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird und damit dieses Thema beerdigt wird.“

(Presseerklärung Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, 1. Februar 1994)



3. Zum Komplex Inhalt und Bekanntgabe

Die Version Rau:

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul fragt Ministerpräsident Rau am 13. November 1991 im Düsseldorfer Landtag: „Gab es zwischen Ihnen, Herr Ministerpräsident, oder einem der Mitglieder der SPD-Führung oder einem der von Ihnen zu Verhandlungen Beauftragten eine Vereinbarung mit der DDR-Führung über die zeitliche Plazierung der Verlautbarung des DDR-Außenministeriums?“

Ministerpräsident Dr. Rau: „Nein!“
(Landtag NRW, Plenarprotokoll 13. November 1991)

Die Fakten:

Am 16. September 1986 nachmittags telegraфиerte Ewald Moldt erneut an Erich Honecker und Hermann Axen und teilte mit, daß das „Rumpfpräsidium“ der SPD sich einverstanden erklärt habe, „daß Rau eine Erklärung abgibt. Man geht davon aus, daß die DDR mit einer Erklärung darauf reagiert, oder umgekehrt Rau auf eine DDR-Erklärung Bezug nimmt.“ Egon Bahr fragte an, ob er am Mittwoch, dem 17. September in der Frühe, oder am Freitag, dem 19. September, nachmittags, nach Berlin kommen könne, um die Angelegenheit inhaltlich zu besprechen. Erich Honecker zeichnete das Telegramm mit „einverstanden“ ab. (...)

Am Mittag des 17. September traf Egon Bahr vereinbarungsgemäß mit Hermann Axen zusammen. (...)

Bahr bedankte sich auch im Auftrag von Willy Brandt und Johannes Rau für das Entgegenkommen der DDR und legte die Grundlinie der Erklärung vor, die Johannes Rau am Donnerstag, dem 18. September, im Laufe des Tages abgeben werde. Weiterhin hielt Axen in seiner Notiz fest, Egon Bahr habe darum gebeten, die Information des Außenministeriums der DDR an Hans Otto Bräutigam statt um 14.00 Uhr erst um 16.30 Uhr zu übermitteln, um Johannes Rau „die notwendige Zeit für die Abgabe der Erklärung“ zu lassen. Erich Honecker zeichnet mit „einverstanden“.

(Presseerklärung Freie Universität Berlin, Forschungsverbund SED-Staat, 1. Februar 1994)

Herbert Reul: SPD blockiert Initiativen zur Sicherheit unserer Bürger

Eine katastrophale Blockade-Politik gegenüber den CDU-Initiativen für die Innere Sicherheit hat der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul der Landes-SPD vorgeworfen. „Wir haben zwölf große Initiativen auf den Weg gebracht. Sie alle wurden von der SPD abgelehnt oder vertagt. Die Liste der CDU-Vorstöße für mehr Sicherheit:

- Antrag auf Änderung des Polizeigesetzes, eingebracht am 25. November 1992. Zur vorbeugenden Verbrechensbekämp-

fung soll der Polizei in Fällen organisierter Kriminalität das Abhören von Wohnungen ermöglicht werden. Das ist zur

Zeit nur zur Abwehr einer akuten Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person gestattet. Die Vorschrift ist so unpraktikabel, daß sie bisher in keinem einzigen Fall angewandt wurde.

- Eine weitere Änderung des Polizeigesetzes, eingebbracht am 3. November 1992: Heute darf die Polizei nur zur Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden Straftat eine Person für zwei Tage in „Unterbindungsgewahrsam“ nehmen. Der CDU-Vorschlag war: Auch nach der Ankündigung einer Straftat oder nach der Aufforderung zu einer Straftat soll Vorbeugehaft möglich sein.
- Das Konzept „Polizei 2000“ vom 15. Oktober 1991 sah die Befreiung der Polizei von unpolizeilichen Aufgaben vor, damit mehr Beamte auf die Straße geschickt werden können.
- Das Konzept zur Neuordnung der Ausbildung bei der Polizei vom 11. März 1991 sah eine Konzentration der Ausbildung auf die Erfordernisse der Praxis und die Gewinnung von spezialisierten „Seiteneinsteigern“ (z. B. Buchprüfer) vor.
- Welche polizeilichen Aufgaben gestrichen werden können, sollte mit dem Antrag „Aufgabekritik bei der Polizei“ vom 21. Oktober 1992 geprüft werden.
- Ein Antrag vom 8. Februar 1993 sah die leistungsgerechte Besoldung der Polizei vor.
- Danach verlangte die CDU mit Antrag vom 5. Juli 1993 konkret, daß innerhalb von zehn Jahren alle Polizisten in die

Besoldungsgruppe eingruppiert werden müssen, die ihrer seit mindestens drei Jahren ausgeübten Tätigkeit entspricht.

- Am 16. Dezember 1991 beantragte die CDU ein „Konzept zur Bekämpfung der Massenkriminalität“, wonach die Alltagskriminalität nicht länger nur verwaltet werden sollte. Es sah eine Stärkung der Nachbarschaftshilfe und die Bildung von „Kriminalpräventiven Räten“ auf regionaler Ebene vor.
- Am 13. September 1993 beantragte die CDU zur Unterstützung der Polizei und unter deren Aufsicht eine „freiwillige Sicherheitswacht“ aus unbescholtenen Bürgern.
- Dem Verfassungsschutz solle die Aufgabe der Vorfeldbeobachtung organisierter Kriminalität übertragen werden, so ein CDU-Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes vom 7. Mai 1993.
- Eine konsequente Abschiebung strafällig gewordener Ausländer entsprechend den vorhandenen Gesetzen, verlangte ein CDU-Antrag vom 13. Juli 1992. So könne die „Kriminalität um rund 20 Prozent gesenkt“ und zugleich die „große Mehrheit der gesetzestreuen Ausländer vor Anfeindungen“ bewahrt werden.
- Antrag von Januar 1993 auf Änderung des Vollzugskonzepts für resozialisierungsunwillige Straftäter: Auch so sei mehr Sicherheit für die Bürger zu erreichen.